

**Eurocopter: In fünf Se-
asser.** FOTO: KNUT VAHLENSIECK

Geiselmanne in Siegen und bei den Durchsuchungen im 'Rocker-Milieu. Um genau dann voll auf der Höhe zu sein, um psychisch wie körperlich fit zu sein, braucht es intensives Training – und auch den Wettbewerb, wie er alle zwei Jahre in Deutschland oder den Nachbarländern stattfindet. Sich miteinander vergleichen, vielleicht auch mal Techniken und Taktik abschauen und sich motivieren – dafür sei der Wettkampf ideal, ist sich der Dortmunder Polizeipräsident sicher. „Phoenix“ haben seine Leute die Übung getauft, wie das frühere Stahlwerk, wie den See, aber vor allem wie den Vogel aus der griechischen Mythologie. „Der aus der Asche emporsteigt und sich neuen

gen bei den Tests nicht nerabgeschraubt – das geht gar nicht“, sagt einer, der schon viele Jahre dabei ist. 47 ist er mittlerweile, drei Jahre hat er noch vor sich – wenn er die jährlichen Leistungsnachweise besteht.

Im nordrhein-westfälischen Innenministerium ist man sich der Probleme bewusst. „Man kann nur für den Job beim SEK werben“, sagt Wolfgang Beus, Sprecher von Innenminister Ralf Jäger. Im Moment aber gebe es noch kein Problem. Wie lange noch, ist offen. Genaue Zahlen über nicht besetzte Stellen will das Ministerium jedenfalls nicht preisgeben.



Fotostrecke und Video unter www.wr.de/sek

Von Carsten Neumann

Lüdenscheid. Weil sie insgesamt 300 000 Euro aus der Firma des Vaters und Veters abgezweigt haben soll, steht seit gestern eine 42-jährige Lüdenscheiderin vor Gericht. Allein 45 000 Euro soll sie ihrer Mitangeklagten – einer „spirituellen Lebensberaterin“ – überwiesen haben. In neuneinhalb Stunden Verhandlungsmarathon ging es weniger darum, die Tat nachzuweisen, da beide die Beteiligung einräumen. Thema waren vielmehr die verschiedenen Versionen, auf die sie sich eingelassen hatten. Da ging es um vermeintlichen sexuellen Missbrauch durch den Vetter, einen Ehemann aus Ghana für dessen Einreise nach Deutschland Geld benötigt wurde...

Und bevor es zum Urteil kam, wurde die Verhandlung am Abend vertagt – wegen eines Schwächeanfalls der Mitangeklagten.

iem Tag

verletzt

Baggerfahrer, ein vierer-
; Mädchen und dessen
den leicht verletzt, der
läuft sich schätzungswei-
00 Euro. WR



n auf zwei weitere, die an
FOTO: JENNIFER RÜDINGER

Gemeindebund schließt erneute Verfassungsklage nicht aus

Das kündigte der Spitzenverband in Unna an

Von David Huth

Unna. Der Städte- und Gemeindebund NRW erwartet schwierige Verhandlungen mit der Landesregierung. Es geht um die Frage, wie in Zukunft die Lasten für die deutsche Einheit berechnet und auf die Kommunen verteilt werden. Auf der Sitzung seines Finanzausschusses in Unna forderten die Vertreter des Gemeindebundes ein faires Berechnungsmodell.

Die bisherige Regelung kippte das Landesverfassungsgericht in Münster Anfang Mai. Das sogenannte Einheitslastengesetz wurde 2010 von der schwarz-gelben Landesregierung beschlossen. 91 Kommunen hatten gegen das Gesetz geklagt.

Nun muss das Innenministerium NRW einen neuen Gesetzesentwurf erarbeiten, an dem es auch die Kommunen beteiligen will. Sofern das

Land nicht zu Kompromissen bereit ist, will der Gemeindebund erneut vor das Verfassungsgericht ziehen. „Wir möchten das nicht, aber ausschließen können wir es auch nicht“, sagt Claus Hamacher, Finanzbeigeordneter des kommunalen Spitzenverbandes.

Das Land, so fordert es der Verband, soll die Lasten für die Einheit mit realistischen Zahlen berechnen. Die Lasten setzten sich aus den Zahlungen für den Fond Deutsche Einheit (Solidarpakt II) und den Geldern aus dem Länderfinanzausgleich zusammen, die seit 1995 an die neuen Bundesländer gezahlt werden. Das Land berechnet den Länderausgleich aber immer noch nach dem Stand von 1995. Mittlerweile zahlt NRW deutlich weniger in diesen Topf, womit laut Verfassungsgericht nicht auszuschließen sei, dass die Städte zu viel zahlen.

„Termindruck“ kommt Lkw-Fahrer teuer zu stehen

Von Rainer Spindler

Unna/Köln. Zu 2400 Euro Geldstrafe verurteilte das Amtsgericht Unna einen Lkw-Fahrer aus Köln, weil er den Fahrtenschreiber seines Lastwagens mit der Chipkarte eines anderen Kollegen manipuliert hat. In wenigstens 106 Fällen hatte der Kölner die Karte eines anderen, nicht mehr aktiven Laster-Fahrers missbraucht, um so die eigenen, gesetzlich vorgeschriebenen Lenk- und Ruhezeiten zu umgehen. Als Grund für sein Verhalten gab er „Termindruck der Auftraggeber“ an. An die Karte des Ex-Kollegen war der 59-Jährige gekommen, weil dieser wegen eines anderen Deliktes festgenommen worden war, die Beamten dabei aber vergaßen, auch seine personalisierte Chipkarte zu beschlagnahmen.

Westfälische Rundschau
13.06.2012
überregionales Markt

ierung acht Jahre schriften-Aktion

hen Dorfstraße und Auf dem Winkel erneuert



; bekommt endlich einen Fußweg. Die Anwohner freut es.

FOTO: HENRYK BROCK

lastert
ter Bür-
bis drei
er Rad/
von 1,50
hn wäre
cheiben
n. Autos

dürfen halb auf dem Gehweg auf
markierten Parkstreifen parken.
Die Grundstückseinfahrten blei-
ben natürlich frei.

Die Kosten

Der komplette Ausbau des Gehweges kostet nach erster Schätzung

140 000 Euro. Davon müssen die
Anwohner nach dem Kommunal-
abgabengesetz 60 000 Euro tragen.
Pro Quadratmeter Grundstücks-
Nutzungsfläche kommen in etwa
2,80 Euro auf die betroffenen An-
wohner zu.

Reaktionen der Bürger

Die Bürger begrüßten Dienstag-
abend die Maßnahme. Sorgen äu-
ßerte ein Landwirt, ob seine Land-
maschinen noch die Straße nutzen
können (können sie). Verkehrssi-
cherheit wird groß geschrieben.
Dass die Baumscheiben als Stra-
ßenhindernisse den Verkehr ab-
bremsen (eigentlich Tempo 30) be-
grüßten die Anwohner, eine der
fünf soll etwas verschoben werden.

die betroffenen Anwohner

rund- 1 000 qm groß und hat eine zwei-
rschied- geschossige Bebauung. Das
auung = heißt: Grundstücksfläche 1 000
= Fak- qm mal Faktor 1,2 = Nutzfläche
1,5. 1 200 qm., Kosten 1200 x 2,80 €
k ist = 3 360 €. Der Anwohner müsste
sich mit 3 360 Euro beteiligen.

nmte Junkie-Altenheim zu

ort kommen, die in Hemmerde-Dreihausen leben

1 Ende ger Lusa die Bürger frühzeitig in das
; Vorha- Projekt einbezieht. Es ginge darum
- Politik „Ängste abzubauen“, da die Anwoh-
- waltung ner in Dreihausen große Bedenken
- wer- und Vorbehalte gegenüber dem Pro-

ßen“ würde, da es bislang so ein An-
gebot nicht gäbe. Das bestätigte auch
Michael Wedershoven von der Be-
hindertenhilfe des Landschaftsver-
bandes Westfalen-Lippe. der sagte:

Gemeindebund kritisiert Kreisumlage

Ausschuss tagte in
Unnas Rathaus

Von David Huth

Unna. Die Kreisumlage kritisiert der
Städte- und Gemeindebund NRW
schon lange. Auf der 148. Sitzung
seines Finanzausschusses stand das
Thema erneut auf der Tagesord-
nung. Der Ausschuss tagte in Unnas
Rathaus. „Die Belastung durch die
Kreisumlage“, so Claus Hamacher,
Beigeordneter des Verbandes,
„schränkt den Handlungsspielraum
der Gemeinden stark ein.“

So geht alleine in der Stadt Unna
jeder dritte Euro an den Kreis. Von
114 Millionen Euro, die der Stadt in
jedem Haushaltsjahr zur Verfügung
stehen, muss sie 37 Millionen Euro
an den Kreis abführen. Das ist eine
immense Belastung für eine Stadt,
die versucht ihren Haushalt auszu-
gleichen, findet Kämmerer Karl-
Gustav Mölle. Obwohl im Kreis Un-
na nicht über die Köpfe der Gemein-
den hinweg entschieden wird, wie es
in vielen anderen Regionen Nord-
rhein-Westfalens der Fall ist. „Wir
sprechen miteinander“, bestätigt
Mölle. Es gibt Bürgermeister- und
Kämmerertage, an denen auf Kreis-
ebene auch über die Umlage gespro-
chen wird. Nichtsdestotrotz fordert
der Verband, dass etwas verändert
wird. Unter anderem könnte er sich
vorstellen, dass die Kreisumlage ge-
deckelt wird. Dafür sollte der Kreis
an Einnahmen durch Steuern wie
beispielsweise der Grundsteuer be-
teiligt werden. Auch die Gemeinden
bei der Festsetzung der Umlage stär-
ker zu beteiligen, sei vorstellbar.

Westfälische Rundschau

Vater (49)

verbreitete

Kinderpornos

Haftstrafe auf
Bewährung

Unna. Für die, wie Strafrichterin Kat-
ja Frigelj sagte, „widerlichste Form
von Kindesmisshandlung und se-
xuellen Missbrauchs“ verurteilte sie
einen 49-jährigen Vater von zwei
Kindern zu 16 Monaten Haft. Der
Sammler von Kinderpornos bleibt

Kam
treil
Sch
mar
Sch
1990
trieb
Lün
wur
schu
eine
men
will
nen.
folgt
umla
hier
Euro
dem
verzi
In
erzie
nomi
Unte
nahe
sonde
besch

Fo

Sch

Cappe

Reihe

Das v

che vo

mit de

cke fir

Uhr st

Werke

Johan

Anton

Fortur

beider

sen ur

samm

sie sic

schen

hunde

Herzst

der La

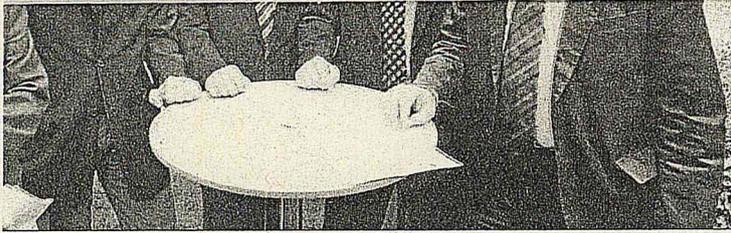
det.

 D

m

sind bei

Kultur



und Vertreter der Wohnungswirtschaft unterzeichneten gestern die Kooperationsprojekt Berliner Allee. V.r.: Rüdiger Terlau (LEG), Ditmar Alfes (Alfes Im-KBS) und Franz-Bernd Große-Wilde (Spar- und Bauverein Dortmund).

und einen Migrationshintergrund haben und 80 Prozent der Migranten aus den ehemaligen Sowjetstaaten stammen, kommt Mainzer eine besondere Bedeutung zu. Denn die ausgebildete Kinderpflegerin spricht nicht nur fließend Deutsch, sondern auch fließend Russisch.

Einig sind sich die beiden „Neuen“ darin, dass sie sich nicht hinter ihren Schreibtischen verschanzen, sondern viel auf die Straße, zu den Menschen gehen werden. Schließlich gibt es bereits etliche Akteure und Gruppen, die für ein gelungenes soziales Miteinander im Quartier stehen: das Gemeindezent-

rum „Die Brücke“, die Awo-Kita „Rasselbande“, die Arbeitskreise Frauen- und Seniorenfrühstück, Streetworker René Bast und viele mehr.

Und mit den Falken, die nach dem Ende des Jugendcafés im Zentrum nach den Sommerferien in die Kinder- und Jugendarbeit an der Berliner Allee einsteigen werden, steht der nächste Akteur schon in den Startlöchern. Das Angebot an der Potsdamer Straße soll den Kindern Hilfe bei den Hausaufgaben oder Sprachproblemen bieten, aber auch Abwechslung durch Spiele oder gemeinsames Kochen.

Nachwuchs und Migranten im Fokus

Das Quartiersprojekt „Zukunft Berliner Allee“ ist auf drei Jahre befristet und beginnt offiziell am 1. Juli.

Ziele

Die Ziele sind ehrgeizig: Die Arbeit von „Kümmerer“ Stefan Hemke und aller Akteure soll dazu beitragen, die Schulabschluss- und Ausbildungsquote zu erhöhen, Sprachkompetenzen zu verbessern, unter Einbeziehung der Wohnungswirtschaft die Qualität des Wohnungsbestandes zu erhöhen. Zielgruppen sind in erster Linie

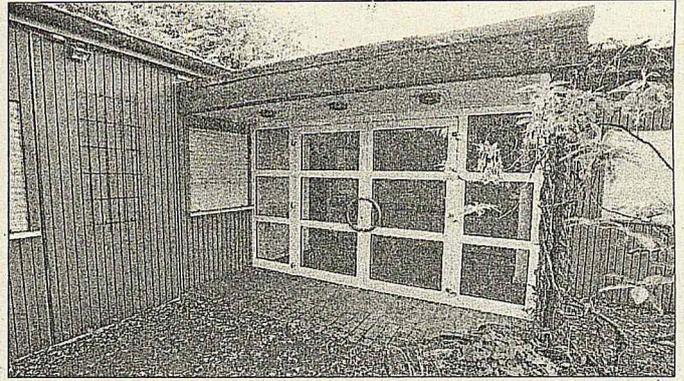
Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Migranten.

Kosten

120 000 Euro (ohne Projekte) fließen jährlich ins Quartiersmanagement – 50 000 Euro von der Sparkasse, 25 000 Euro von der Wohnungswirtschaft, der Rest aus der Stadtkasse.

Erreichbarkeit

Öffnungszeiten und telefonische Erreichbarkeit des Quartiersbüros werden noch bekannt gegeben. ■ kek



Im ehemaligen Nonnenheim an der Speckgabel sollen bis zu 14 Suchtkranke einziehen. ■ Foto: Grzelak

Für Kommunen zählt jeder Euro

Finanzexperten tagten gestern im Rathaus

UNNA ■ Schwierige Finanzthemen standen gestern auf der Tagesordnung des Ausschusses für Finanzen und Kommunalwirtschaft des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen, der gestern im Unnaer Rathaus tagte.

Die Kreisumlage und wie sie für die Kommunen gerechter sein kann, war dabei eine zentrale Frage. Und da gab es verschiedene Ansatzpunkte, die nun von der Geschäftsstelle des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen geprüft werden. Ein kompletter Verzicht auf die Kreisumlage unter der Bedingung veränderter Steuerhoheit lehnt der Städte- und Gemeindebund ab. Möglich sei es aber, die Kreisumlage zu deckeln und dem Kreis stattdessen ein Zuschlagsrecht auf Steuern einzuräumen. Auch müsste die Frage, wie das schon bestehende Rücksichtnahme-

gebot besser zur Anwendung gebracht werden könnte. Leiden, das sieht der Städte- und Gemeindebund als Vertreter von 360 von insgesamt 369 Städten, würden die Städte, weil sie weiterhin immer höhere Kreisumlagen tragen müssten. Die Stadt Unna, so erklärte gestern Kämmerer Karl-Gustav Mölle, zahlt zurzeit 37 Millionen Euro bei einem Haushaltsvolumen von 114 Millionen Euro. Würde Unna statt der hier üblichen 47,53 Punkte lediglich den Durchschnittswert von 40,98 Punkten zahlen, würde das fünf Millionen Euro weniger pro Jahr bedeuten.

Der Ausschuss für Finanzen und Kommunalwirtschaft tagte gestern zum 148. Mal.

Unna hatte sich als Tagungsort beworben – schon vor der Haushaltssperre, wie Mölle gestern betonte. Zudem hätten Sponsoren die Ausrichtung der Sitzung unterstützt. ■ fü

Hellwege Purzige
13.06.2012
Losolter C. Unna